Roter Turm
Absage ist verheerendes Signal, S. 3

Green please
Der Infobrief der Grünen in Gladbeck

Regionalbahn
RB 43 droht Stilllegung, S. 2

3. Januar 2008 *Ausgabe 1/2008*

Kreisparteitag fordert Tunnel für A52

Einstimmig schlossen sich die Mitglieder des Kreisverbandes von Bündnis 90/DIE GRÜNEN der Forderung des Kreisvorstands an, ein Ausbau der Bundesstraße 224 zur Autobahn 52 dürfe nur als optimierte Tunnelvariante erfolgen.

Die Grünen aus allen zehn Kreisstädten sind sich einig: Ein Ausbau der B224 zur A52 ist nur mit Tunnel akzeptabel.

Mit dem geplanten Ausbau der A52 befasste sich der Kreisparteitag der Grünen auf Antrag des Kreisvorstandes. Die Mitglieder sprachen sich entschieden gegen die von Minister Wittke präferierte Galerievariante und gegen einen Neubau durch die Heege aus.

Der Vorsitzende des grünen Kreisverbandes, Bernd Lehmann, stellte die Ausbauentwürfe für den Gladbecker Abschnitt vor und warb bei dieser wichtigen Entscheidung um Solidarität unter den Städten im Kreis: "Lange Zeit wurden Straßenbahnen als U-Bahnen in Tunnel verbannt, wurden Fußgänger und Radfahrer in dunkle Unterführungen gedrängt, damit der Autoverkehr ungehindert rollen konnte. Jetzt wollen wir den Städten Luft zum atmen geben! Ein Ausbau der Autobahn ist für uns Grüne nur als Tunnel akzeptabel!" Dieser Forderung schlossen sich die Mitglieder auf der Vollversammlung an und wollen damit sowohl den Schutz der Anwohner vor Lärm und Abgasen, als auch den Schutz von Natur- und Freiräumen in den Vordergrund stellen.

In dem Beschluss des Parteitages äußern die Grünen ihre Erwartung, dass für ein derart anspruchsvolles Verkehrsprojekt, nicht abgerufene Mittel von anderen Bundesfernstraßenprojekten — auch aus anderen Bundesländern — in den Emscher-Lippe-Raum umgeleitet und hier für das Tunnelbauprojekt investiert werden. "Die Menschen in unserem hochverdichteten Raum leiden genauso unter Lärm wie die Menschen in Dortmund, Köln und anderswo, wo der Bund Tunnelprojekte finanziert! Unsere Forderung nach einem Deckel ist nicht unverschämt, sondern ist zum Wohle unserer Bürger absolut verantwortungsvoll!"

Der Kreisvorstandssprecher begrüßte die klaren Worte von Landrat Jochen Welt (SPD), der sich öffentlich für einen Tunnel stark machte, und den Beschluss des Rates der Stadt Gelsenkirchen, der sich der Forderung der Stadt Gladbeck nach einem Deckel ebenfalls mit großer Mehrheit anschloss. → **Beschluss**

Ein frohes neues Jahr *wünsche ich allen Leserinnen und Lesern unseres Inforbriefes im Namen von Bündnis 90/DIE GRÜNEN.*

Auch wenn schon die ersten Tage des neuen Jahres verstrichen sind, suchen Sie vielleicht ja noch nach einem guten Vorsatz, den Sie sich für 2008 vornehmen könnten. Unser Vorschlag: Wechseln Sie zu einem Ökostromanbieter. Das ist völlig unkompliziert, schnell erledigt und ein guter Beitrag zum Klimaschutz. Zwar unterstreicht die ELE, dass sie bereits 18 Prozent aus Erneuerbaren Energien beziehe, aber 100 Prozent gibt es bei alternativen Anbietern schon fast zum selben Preis.

Alles gute wünscht

Bernd Lehmann

→ **Infos zu Ökostromanbietern**

Finanzsituation der Städte beschäftigte Kreisparteitag der Grünen

Die Finanzkrise, in denen sich die Kreisstädte befinden, war ein Schwerpunkt des Kreisparteitages der Grünen, der im Dezember in Oer-Erkenschwick stattfand. Zu Gast war der für den Kreis verantwortliche grüne Landtagsabgeordnete E-wald Groth.

„Wir Kommunalpolitiker in den Städten leisten in Ausübung eines Ehrenamtes gute Arbeit“, ärgerte sich Kreisvorstandssprecher Bernd Lehmann beim Thema Kommunalfinanzen. „ Die Arroganz, mit der die Landesregierung urteilt, die Probleme unserer Region seien überwiegend selbstverschuldet, zeugt in zynischster Weise davon, wie sich das Land den eigentlichen Strukturproblemen im Kreis Recklinghausen verschließt!“ Dass Finanzminister Linssen zwischenzeitlich eingelenkt sei und den Hilferuf der Städte zumindest zur Kenntnis nehme, sei auch „ein Erfolg der hartnäckigen Arbeit von uns Grünen“. Lehmann verwies hierbei unter anderem auf die in den Landtag eingebrachte Große Anfrage.

Der Landtagsabgeordnete Ewald Groth bestätigte die besonderen Strukturprobleme des Kreises Recklinghausen mit nüchternen Zahlen: „Unter den Städten mit den höchsten Kassenkrediten pro Einwohner liegt auf Platz 1 in NRW die Stadt Waltrop, dicht gefolgt von den Kreisstädten Marl, Dorsten Oer-Erkenschwick, Herten, Recklinghausen und Castrop-Rauxel!“ Anfang 2008 werde sich der Landtag mit der Großen Anfrage zur Finanzsituation befassen. „Ich würde mich freuen, wenn eine eindrucksvolle Delegation von Bürgermeistern, Kämmerern und Aktiven aus dem Vest an dieser Beratung in Düsseldorf teilnehmen!“ Der Kreisvorstand will hierzu die zehn Bürgermeister anschreiben.

Weitere Beschlüsse fasste der Kreisparteitag zum geplanten Ausbau der A52. „ Die Städte im Kreis müssen solidarisch die Forderung nach einem Tunnel in Gladbeck unterstützen“, so der Kreisvorstand. Außerdem kündigten die Mitglieder an, sich gegen die schleichenden Stilllegungsbestrebungen der Regionalbahnlinie 43 zur Wehr zu setzen.

Investitionen statt Streckenstillegung

Die Kreismitgliederversammlung fasste nachfolgenden Beschluss zur Regionalbahnlinie 43:

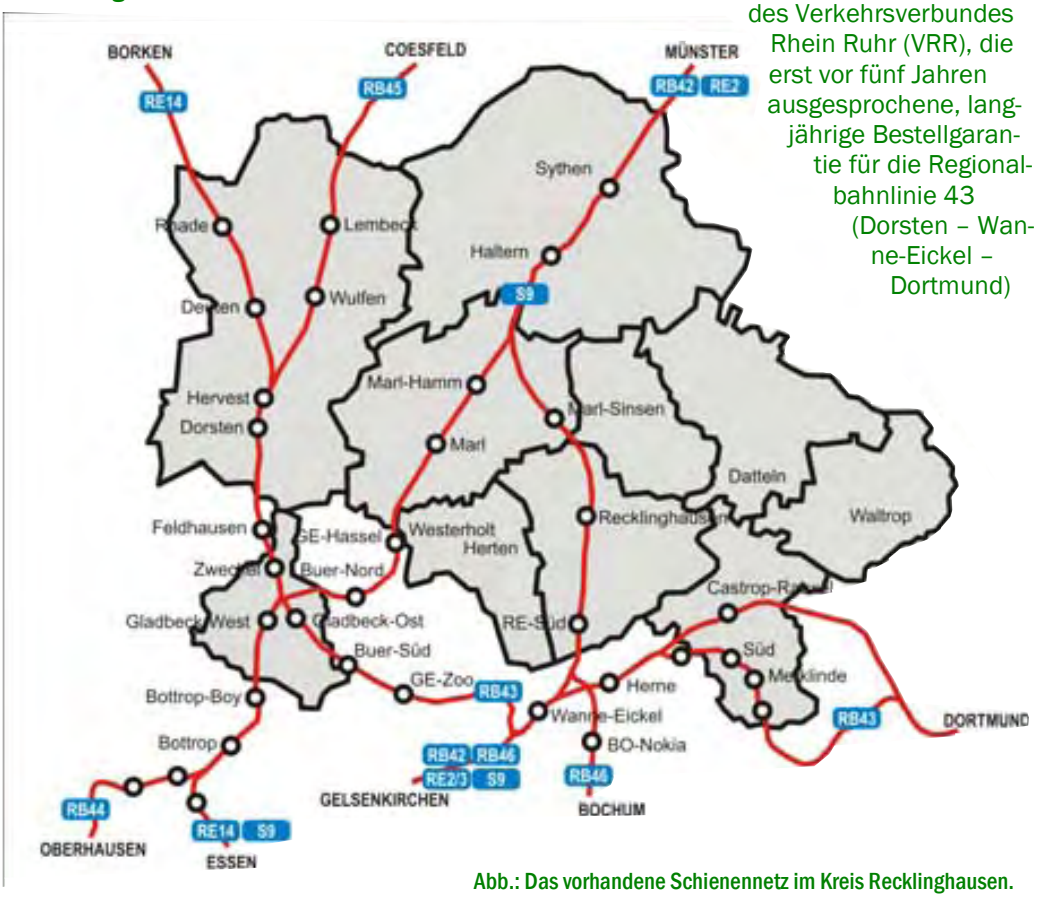

Abb.: Das vorhandene Schienennetz im Kreis Recklinghausen.

Der Kreisverband zeigt sich besorgt, über die Planungen des Verkehrsverbundes Rhein Ruhr (VRR), die erst vor fünf Jahren ausgesprochene, langjährige Bestellgarantie für die Regionalbahnlinie 43 (Dorsten – Wanne-Eickel – Dortmund) zurückzunehmen. Damit verfolgt der VRR unverhohlen die komplette Stilllegung der Eisenbahnstrecke.

Statt Streckenstilllegungen benötigt aber gerade der strukturschwache Emscher-Lippe-Raum Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur. Die seit vielen Jahren geplante Erneuerung der Bahnhöfe (u.a. in Gladbeck am Bahnhof Ost) wird durch die Zurücknahme der Bestellgarantie wegen fehlender Investitionssicherheit jedoch verhindert.

Der Kreisverband spricht sich für den Erhalt der Regionalbahnlinie und für ein Investitions- und Erneuerungsprogramm für die Strecke aus und fordert alle Gremien von Bündnis 90/ DIE GRÜNEN auf, sich einer schleichenden Streckenstilllegung der RB43 zur Wehr zu setzen.

→ **Infos zum Bahnhof Ost**

GRÜNE: Das Aus für den Roten Turm ist ein verheerendes Signal für die Stadtentwicklung

Das Schlachthofgelände und die Direktorenvilla um 1930 (Foto Stadt Gladbeck)

„Mit dem Ausstieg der städtischen GWG aus der Entwicklung des Schlachthofgeländes kapitulieren Bürgermeister Roland und seine SPD vor den Herausforderungen des Strukturwandels und setzen ein verheerendes Signal für die künftige Entwicklung unserer Stadt!“ so Grünen-Fraktionsvorsitzender Mario Herrmann zur heutigen Zeitungsmeldung, wonach die GWG ihr Engagement in der gemeinsamen Gesellschaft mit der Volksbank zum Jahresende aufgibt.

"Damit nehmen die Verantwortlichen in Kauf, dass ein zentraler Bestandteil der Innenstadt, nur wenige Meter vom Marktplatz entfernt, auf absehbare Zeit weiter vor sich hin gammelt oder unsere Innenstadt dort bald mit einem weiteren Discounter oder Fachmarkt , geschmückt' wird“, beschreibt Herrmann die zu erwartende Entwicklung. Mit hohem finanziellem Aufwand sei das Markenzeichen des Geländes, der rote Schlachthofturm, saniert worden. „Jetzt auszusteigen ist nicht nur stadtplanerisch, sondern auch was den Umgang mit öffentlichen Geldern angeht mehr als fragwürdig!“

Immer wieder hatten die Grünen in den vergangenen Jahren den ausbleibenden Fortschritt bei der Entwicklung des Schlachthofes thematisiert. Bis zuletzt wurden

„Jetzt auszusteigen ist stadtplanerisch höchst fragwürdig!“

von Roland und der SPD-Spitze Lippenbekenntnisse zur Entwicklung des „Roten Turms“ abgegeben und die Schuld für Verzögerungen einzig aufs Land abgewälzt. Herrmann: „Jetzt wissen wir: Der Bürgermeister hat uns kalt lächelnd belogen!“

Fazit des Grünen: „Es war Ex-Baurat Stojan, der das vorbildhafte Projekt vor einigen Jahren initiiert und angestoßen hatte. Dann stellte sich Bürgermeister Roland auf die Bremse. Jetzt, wo Stojan weg ist, gibt er dem Projekt den Todesstoß. So wird das Versagen bei der Schlachthofentwicklung zu einem weiteren Baustein der Rolandschen Negativbilanz!“

→ **Infos zum „Roten Turm“**

Die Planung für das ehemalige Schlachthofgelände hat zum Ziel, auf einer Gewerbebrache ein selbstverständliches Stück Innenstadt entstehen zu lassen. (Quelle: Stadt Gladbeck)

Lippenbekenntnisse: Erst im Mai befasste sich der Bauausschuss auf Antrag der Grünen mit dem Roten Turm, nachdem die Verwaltungsspitze eine Förderzusage des Landes mit scheinbar beiläufigen Satz umschrieb: „Schließlich will das Städtebauministerium auch Maßnahmen zur Reaktivierung einer innenstadtnahen Brachfläche fördern“. In ihrem Antrag drückten die Grünen die Hoffnung aus, „dass sich aus der unangemessen verkürzten Darstellung [...] keine Rückschlüsse auf die Wertschätzung dieses Projekts in der Verwaltungsspitze ziehen lassen.“

→ **zum Antrag**

Schutz der Betroffenen ermöglichen!

Zur Debatte um das geplante Bordell im Gewerbepark Gladbeck Brauck nahm Franz Wegener wie folgt in der Ratssitzung Stellung.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
liebe Ratsmitglieder,

Ratsherr Franz Wegener

Ich bin wahrlich kein Fan der Prostitution. Prostitution widerspricht meinem Menschenbild und ist menschenverachtend. Aber wenn man wissen will, warum wir heute vor der Frage der Genehmigung eines Bordells stehen, dann muss man in die Geschichte zurückschauen. Prostitution gilt als das "älteste Gewerbe der Welt". Es hat sie immer gegeben und selbst bei einem Verbot würde sie stattfinden. Aber wenn wir sie nicht verhindern können, dann sollten wir sie regeln.

Im Dezember 2001 hat Rot-Grün das Prostitutionsgesetz erlassen. Für diesen Schritt gab es damals gute Gründe: Das Gesetz teil- legalisierte die Prostitution und sorgte so dafür, dass die betroffenen Frauen zum ersten Mal ihren Lohn einklagen konnten und sich sozial- und krankenversichern konnten. Auch konnten jetzt endlich Kondome genutzt werden, zuvor galt das Auslegen von Kondomen in Bordellen als "Förderung der Prostitution" und war strafbar.

Das rot-grüne Engagement ging damals nicht zuletzt auf die Hilferufe von Huren-Selbsthilfegruppen wie "Hydra" zurück. Jahre nach der Umsetzung des Gesetzes fand im Bund eine Evaluation statt. Eine Umfrage unter 52 Staatsanwaltschaften ergab, dass nur eine die Revidierung des Prostitutionsgesetzes forderte. 51 waren für seine Beibehaltung. Es sind auch diese Daten, die dafür sorgten, dass Ursula von der Leyen als CDU-Familienministerin im Januar diesen Jahres versicherte, dass sie keine Pläne habe, das Gesetz rückgängig zu machen. Probleme existieren vor allem heute dort, wo die Umsetzung der hinter dem Gesetz stehenden Idee in Kommunen oder Bayern über die Blockade von Bordellansiedelungen unterbleibt.

Wer heute die Ansiedlung des Bordells skandalisiert, zieht die Populismus-Karte und handelt unsozial, denn wer A sagt, muss auch B sagen. Wer einen Schutz der Betroffenen will, oder auch, wer Prostitution überwachen will - was auf dem Straßenstrich schlecht geht - der darf jetzt nicht gegen die Ansiedlung eines Bordells in einem Gewerbepark argumentieren. Ich vertraue darauf, dass die Verwaltung das Problem mit dem notwendigen Fingerspitzengefühl angeht.

Stromkonzerne kassieren ab!

[Berlin.] Eine neue Studie im Auftrag der grünen Bundestagsfraktion weist überhöhte Gewinne der vier großen Stromversorger, **E.on, RWE, EnBW** und **Vattenfall** nach. In den vergangenen sieben Jahren haben sie bereits die Strompreise um 50 bis 70 Prozent erhöht, was zusammen mit den Gaspreiserhöhungen deren Gewinne auf über 18 Milliarden Euro im Jahre 2007 steigerte.

Möglich wurde dies nur, weil die vier Konzerne eine übergroße Marktdominanz besitzen. So beherrschen sie über 90 Prozent der Stromerzeugungskapazitäten. Überhöhte Gewinne fahren sie auch im Netzbetrieb ein. So nehmen alle Energieversorger jährlich alleine 20 bis 23 Milliarden Euro Netznutzungsentgelte ein, investieren davon aber nur etwa drei Milliarden Euro in den Ausbau der Netze.

Statt in umweltfreundliche Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien zu investieren, festigen die vier Großen ihre Marktmacht nun auch noch mit dem Neubau von äußerst klimaschädlichen Kohlekraftwerken. Die aktuell angekündigten Strom- und Gaspreiserhöhungen der vier großen Strom- und Gaskonzerne werden vor allem die Gewinne der Konzerne weiter steigern.

Wir fordern die Bundesregierung auf, endlich die Forderung der EU-Kommission nach eigentumsrechtlicher Entflechtung der Übertragungsnetze durchzusetzen, statt in Brüssel nur den Schutz der Monopolisten zu betreiben. Auch mehr Transparenz in der Gewinnermittlung der einzelnen Sparten Strom, Gas und Wasser ist zu schaffen. Den KundInnen kann man nur raten, schnell den Konzernen den Rücken zu kehren und zu einem Ökostromhändler zu wechseln. Ein Wechsel zu einem Billigtarif der Konzerne wird wenig helfen, da die Konzerne mit ihrer langjährigen Weigerung des großflächigen Investments in erneuerbare Energien nun in der Abhängigkeitsfalle der weltweit steigenden Rohstoffpreise bei Erdgas, Kohle, Uran und Erdöl sitzen.

Wie steht es um den Wettbewerb bei der Strombelieferung der Stadtverwaltung Gladbeck?
→ **zur Anfrage und Antwort**

Quelle: P. Kirchhoff / Pixelio.de

Bündnis 90 / DIE GRÜNEN
Gladbeck

V.i.S.d.P. Bernd Lehmann
Stadtverbandssprecher
Rentforter Straße 43 a
D-45964 Gladbeck

Telefon: 0 20 43 / 2 54 12
Fax: 0 20 43 / 2 17 76
E-Mail: info@gruene-gladbeck.de

Greenplease-Archiv
In unserem übersichtlichen Newsletter-Archiv können Sie durch alle Ausgaben seit August 2003 stöbern. Die pdf-Dokumente sind auf unseren Internetseiten abrufbar:
→ zum Archiv

Zu diesem Newsletter:

Sie erhalten diesen Newsletter, weil Sie sich über unsere Seite in unseren Info-Verteiler eingetragen haben. Es kann aber auch sein, dass Ihnen diese Ausgabe unseres Newsletters von uns oder anderen zugesandt wurde, weil wir meinten, dass Sie Interesse an Informationen über unsere Stadt haben.

Es liegt uns fern, Sie unaufgefordert mit emails zu belästigen. Um den Newsletter zu abonnieren bzw. um ihn (nach einer Anmeldung) wieder abzubestellen, können Sie eine leere e-mail an folgende Adressen senden:

→ **anmelden:** gruene-gladbeck-subscribe@domeus.de

→ **abmelden:** gruene-gladbeck-unsubscribe@domeus.de

Ein- und austragen können Sie sich auch über unsere Internetseite. Gerne stehen wir Ihnen auch telefonisch, per email oder Fax. zur Verfügung.

Foto freundlicherweise zur Verfügung gestellt durch: Robert Waleczek